

**Stähle, Nagold**  
am 25. 3. — 14. 4. 21.

**Nagold.**  
**Bank-Artikel**  
Barn und Konfirmation  
in großer Auswahl  
**Pflomm.**

Nagold, 21. März 1921.  
**Werktagung.**  
Gewisse bezgl. Teilnahme, die wir  
lebens und beim Hinscheiden unserer  
Mutter, Schwieger- und Großmutter  
**die Klingler**  
ferner für die zahlreiche Beihülfe  
und ausserdem für die tröstlichen  
Wortlichkeiten sagen herzl. Dank  
trauernden Hinterbliebenen.

Herzfeiertage bringen die  
Krautereien und ihre sämtl.  
er  
**Altbier**  
1422  
St. z. Gambrinus  
Traube  
Krone  
Anker  
z. Schwane.

Nagold, 1408  
Ein größeres Quantum  
**Dachpappe**  
kann noch abgeben  
Sotilob Parr jr.,  
Steinbauernstr.

1416  
Simmersfeld.  
170 Meter schönes hüeres  
**Tannen-Stockholz**  
verkauft  
Philipp Wurster.  
Abfuhr aut.

Nagold, 1432  
Ein 12 Wochen reifendes  
**Mutter-schwein**  
verkauft  
Bäcker Tränkner.  
Sommerprossen  
verteilt man in 5 Minuten  
wie abgemeldet. Garantie  
5 K. Witt, Wench, 2304  
Hein (Hoff.) 1042

Erhebt an jedem Wech-  
sel, Bestellungen nehmen  
Königliche Postanstalten  
und Hochpost entgegen.  
Preis einschließlich hier  
mit Zehnerlohn M. 2.—,  
auswärts 12.45  
einschl. der Postgebühren.  
Blauw. nach Verhältnis.  
Anzeigen-Gebühr für die  
einzelnen Zeile aus ge-  
wöhnlicher Schrift über  
den Namen bei einmali-  
ger Einschaltung 50 Hg.,  
bei mehrmaliger Wieder-  
holung nach Tarif. Bei gerichtl.  
Schreibungs-Konkurrenzen  
ist der Rabatt unzulässig.

# Der Bejellschaster

**Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Nagold**  
**Nagolder Tagblatt**

Wochenschrift 1330  
Herausgegeben von Dr. H. Sattler (Bau- u. Bauführer) Nagold. Verantwortlich für die Schriftleitung: R. Müller, Nagold.  
Jahrespreis 24

Bestellstelle Zeitung im  
Oberamtsbezirk. — An-  
zeigen sind daher von  
bestem Erfolg.  
Für die Zeit, während der  
nicht mehr Bestellungen  
eingeliefert werden, ist  
das Bestellen der Zeitung  
über die Postanstalten  
zu empfehlen.  
Telegraphische Adresse:  
Gesellschaft Nagold  
Postfachkonto:  
Stuttgart 5113.

Nr. 68

Mittwoch den 23. März 1921

95. Jahrgang

## Chamberlain als Nachfolger Bonar Law's.

In der am 21. März stattgefundenen Sitzung der unpolitischen Parlamentarier im Carlton-Club wurde Chamberlain einstimmig zum Führer der unpolitischen Partei im Unterhaus anstelle des zurückgetretenen Bonar Law's gewählt.

Der bisherige Schatzkanzler, Rufus Chamberlain, wird mit überwältigender Mehrheit, wenn nicht einstimmig zum Nachfolger Bonar Law's bestimmt werden. Wie ein Ausdruck besonderen Vertrauens zu Chamberlain dürfte diese Entscheidung nicht gedeutet werden. Man wird ihn ohne große Schwierigkeiten zum Parteiführer erwählen, weil er die einzige Persönlichkeit ist, die zur Zeit für diesen Posten in Frage kommt. Zwar sprach man auch von der Kandidatur Sir Robert Borden und Sir Edward Carson, doch ist keiner der beiden Männer ernsthaft als Bewerber angesehen worden. Wegen Sir Robert Borden, den die jüngeren Kräfte der Partei gerne präferieren würden, da er sich, obwohl politischer Reaktion, als Präsident des Handelskammer vorzüglich bewährt hat, macht man geltend, daß er für das wichtige Amt zu jung sei und erst seit 2 Jahren eine parlamentarische politische Tätigkeit ausübt. Welcher ist er manchen Zielen auch deswegen nicht genehm, weil er von Herford wegen der Verantwortung für das verheerende englisch-russische Handelsabkommen zu tragen hat. Wegen Sir Edward Carson auf der anderen Seite spricht sein Alter, wie er auch selbst genau weiß. Man darf daher annehmen, daß er ablehnt hat, wie er vor einiger Zeit den Posten des Premier für Walter Abernethy hat. Infolge seiner konservativen Haltung in der Home Rule-Frage würde eine Wahl Carsons zudem die parlamentarischen Schwierigkeiten Lloyd George's außerordentlich verschärfen, da Lloyd George dem neuen Unionistenführer auch das Amt des Leader of the House übertragen müßte. Freilich wäre ein Carson ein Führer von hohem Ansehen gewesen, was man von Chamberlain nicht sagen kann. Trotzdem ist Chamberlain's Erwählung sicher. In den Wählern findet sich auch die bestechende Bedeutung, daß man ihn auf diese Weise im Schatzkanzleramt los wird, wo er es nicht fertig gebracht habe, ein spartanisches Budget aufzustellen.

Mit der Wahl des neuen Führers der Unionisten im Unterhaus wird zugleich die Frage erledigt sein, ob man nicht einen neuen Chef der Gesamtpartei bestimmen sollte. Seit dem Verschwinden Lord Lansdowne's von der politischen Bühne war Bonar Law's, obwohl er von Unionisten nur die Konserwatoren des Unterhauses führte, faktisch das Haupt der unionistischen Gesamtpartei. Dennoch hat sich praktisch der Zustand herausgebildet, daß Curzon die Konserwatoren im Oberhaus führte. Die Bestrebungen, der Gesamtpartei wieder wie vor der Zeit Bonar Law's auch formell einen Führer zu geben, haben keine Aussicht auf Verwirklichung. Man laßt dem Lordkanzler Vorschlag machen, daß er etwaige Pläne in dieser Hinsicht bege, auch Lord Derby wird vielleicht nicht abgeneigt. Indessen liegt den Tories nicht daran, im Unterhaus über eine Persönlichkeit zu verfügen, die infolge des durch Kombination des Führersamts mit der Würde des Führers des Unterhauses einen starken Druck auf die Konserwatorenregierung ausüben. Die Stellung des Leader of the House, der sich seit dem Tode von Lord Lansdowne's Ministerpräsidenten entwickelt hat, gewinnt so verhältnismäßig Gewicht. Eine dreigliedrige parlamentarische Führung ist Chamberlain's wesentliche Stärke. Diese Empfehlung spricht für seine Wahl.

## Die „Kriegsverbrechenfrage“ im Unterhaus.

London, 22. März. Im Unterhaus erklärte gestern Lloyd George auf die Frage Kennedys, welche Fortschritte in den Parlamenten Belgiens, Frankreichs, Italiens und Japans die Maßnahmen zur Verurteilung einer Einzahlungsstelle als Mittel zur Einziehung der deutschen Reparationen gemacht haben, er könne der in Brindley's Rede abgegebenen Erklärung nichts hinzufügen. Er verfüge augenblicklich über keinerlei amtliche Informationen. Sir Frederick Hall fragte, ob die englische Regierung mit Bezug auf die Beurteilung der deutschen „Kriegsverbrechen“ zu einem Ueberbrennen mit Deutschland gelangt sei und, wenn ja, ob die Abfahrt bestehe, den Abschluß dieser Aburteilung mit der Bezahlung der letzten Kriegsschuldung durch Deutschland zusammenfallen zu lassen. Der Generalkonstant erklärte, dies sei eine der Fragen, wegen deren gegenwärtig Sanktionen angewandt würden (Petterzeit). — Sir Frederick Hall fragte hierauf, ob die Namen angeblicher Hauptverbrecher angegeben werden könnten, gegen die bereits gerichtliche Vorgehens wurde. — Der Generalkonstant erklärte, die Namen seien sehr schwer zu behalten und noch schwieriger anzusprechen. Er sei nicht in der Lage zu sagen, wann die Gerichtsverfahren stattfinden würden. Es verurliche große Schwierigkeiten, die britischen Zeugen zu sammeln und sie zu überreden, nach Weipzig zu gehen. (Petterzeit).

## Die franz. Note in der Entwaffnungsfrage.

Der Vorsitzende der internationalen Militär-Kontrollkommission, General Koller, hat eine Note an das Internationale Komitee geschrieben, in der er darauf hinweist, daß die deutsche

Regierung durch die Pariser Beschlüsse vom 29. Januar aufgefordert worden sei, bis zum 15. März das neue Wehrgesetz zu veröffentlichen und ein Gesetz über die Auflösung aller Selbstschutzorganisationen zu erlassen. General Koller nimmt Vermerk davon, daß beides bis zum 17. März noch nicht geschehen sei und besteht erneut auf schleuniger Durchführung der Pariser Forderungen. (Besonders ist das neue Wehrgesetz, sowie ein Gesetz zur Auflösung der Artikel 177 und 178 des Vertrags von Versailles in den letzten Tagen veröffentlicht worden.)

## Die Mission Vivianis.

Der Washingtoner Berichtshatter der „Morningpost“ schreibt mit Bezug auf die Erwartungen, die von gewissen Seiten an die Mission Vivianis geknüpft werden, der, wie oft angegeben wird, als offizieller Abgesandter Frankreichs nach Washington geht, um auf die Ratifizierung des Vertrags von Versailles zu drängen, er erfahre von maßgebender Seite, daß Präsident Harding auch nicht im geringsten von den Grundgedanken abweichen sei, die er bei dem Wohlfühlung vertritt und in der bei seiner Anwesenheit in Washington keine neue Mission betätigt hat. Harding werde dem Botschafter nicht befehlen und werde sich an keinen europäischen Botschafter beteiligen. Er werde seiner eigenen Nation die militärische Unterstützung der Vereinigten Staaten versprechen und werde sich in die europäische Politik nicht einmischen. Er sei nur interessiert an den wirtschaftlichen Möglichkeiten Europas. Unter diesen Umständen erlaube es — wie der Berichtshatter der „Morningpost“ meidet — wahrscheinlich, daß Harding den Besuch Vivianis ermuntere habe. Die Wahrheit sei aber die, daß Harding gar nicht wolle, daß die franz. Regierung die Abfahrt Vivianis nach Washington zu verhindern bis er offiziell davon in Kenntnis gesetzt wurde. In Anbetracht dieser besonderen Umstände hielt es Harding für angebracht, sich lieber durch einen besonderen Abgesandten der franz. Regierung an diese zu wenden, als durch Jussaraud, den Vizepräsidenten Frankreichs. Der Berichtshatter schreibt, Viviani gehe nach Washington in der Absicht, Averis zu überreden, nicht aus dem alliierten Lager auszuscheiden. Viviani könne jedoch nichts erreichen. Hier handle es sich um Grundprinzipien der Politik. Frankreich wolle den Friedensvertrag von Versailles nicht aufgeben, Harding könne ihn nicht annehmen. Da aber von Seiten der Vereinigten Staaten etwas geschehen müsse, so sei der beste Ausweg der Friede mit Deutschland. Danach könne dann die Frage des Botschafter in Ruhe besprochen werden. Aus diesem Grunde werde Harding von den amerikanischen Gegnern des Botschafterbesuchs, sofort nach Zusammenrufen des Konzesses der Annahme der Resolution Kongress zusammenzurufen. Nachdem einmal diese Resolution angenommen sei, bestrebe der Vertrag von Versailles für die Vereinigten Staaten nicht mehr und alle Befürchtungen, daß Amerika in einen Krieg verwickelt werde, sei behoben.

## Wiederanbahnungen in Frankreich.

Paris, 22. März. Die vom Allgemeinen Arbeiterverband (C.G.T.) einberufene Konferenz von Vertretern der Bevölkerung und der Arbeiter aus dem vertriebenen Gebiet ist gestern zusammgetreten. Die Begrüßungsansprache hielt der Gewerkschaftsführer Laurent. Der Bürgermeister von Orléans, Abgeordneter Bachelot, führte den Vorsitz. Er erklärte einleitend, die Unzufriedenheit der betroffenen Bevölkerung mit den bisherigen Maßnahmen der französischen Regierung sei groß. — Als erster Referent sprach das Mitglied des Wirtschaftsrats der C.G.T., Agache. Er berichtete über die Untersuchungen des Wirtschaftsrats, die auf eine starke Kritik der verschiedenen Schadensgesetze und ihre Anwendung, der Hilfslosigkeit, in der man die einzelnen Geschädigten lasse, hinwirkten. Man müsse Arbeitskräfte, Material und Geld von denjenigen Ländern verlangen, die sie besitzen und dabei auch auf den jeweiligen Beschlechts Rücksicht nehmen. Es sei eine Art von Oberkommissariat außerhalb der Regierung zu bilden, das mit den Unternehmern und Arbeitern den Wiederanbau in seinem ganzen Umfang zu organisieren habe. — Als zweiter Referent sprach der Ingenieur Franc. Er trat dafür ein, deutsche Arbeiter für den Wiederaufbau heranzuziehen und deutsche Materialien zu beziehen. Es handle sich nicht darum, das Wiederaufbaugeschäft in deutsche Kolonien umzuwandeln, noch es den Industriellen und Ingenieuren von jenseits des Rheins zu überlassen. Man müsse unter der Leitung der Genossenschaften der Geschädigten deutsche qualifizierte Arbeiter und Techniker heranzüchten und sie einen französischen Plan ausführen lassen. Moralisch halte der Wirtschaftsrat diese Forderung für besonders wichtig, weil diejenigen wieder aufbauen müßten, die zerstört hätten. — In der gestrigen Nachmittagsitzung wurde die Diskussion über die beiden Referate begonnen.

## Abstimmung in Oberschlesien.

Frankösisch-polnische Wochenblätter.  
In einer der letzten Nummern der „Ere Nouvelle“ kann man einen Bericht aus Danzig lesen, worin erzählt wird, daß es der General Le Rond war, der schon während der Pariser Friedensverhandlungen durch den Marschall Foch auf

Clemenceau einwirkte, um die Trennung Oberschlesiens von Deutschland durchzuführen, und daß er schon damals, als die sofortige Zusammenkunft an Polen am russischen W-berpruch geschleitet war, zum Oberkommissar für Oberschlesien ernannt wurde, zur Verhinderung der Volksabstimmung. Dem Präsidenten Wilson, der keine Abnung von der Bedeutung Oberschlesiens und seiner Bedeutung für die Vereinigten Staaten hatte, wurde die Uebergangung beabsichtigt, daß Oberschlesien das Zentrum der gesamten deutschen Kriegswirtschaft sei, und daß seine Abtrennung vom Reich jede Möglichkeit neuer Rüstung auslösche, der nämliche Bericht gibt auch an, daß der General Le Rond sich während der letzten Tage viel Mühe gab, um die Durchführung der von den englischen und italienischen Befehlshabern im Abstimmungsgebiet getroffenen Anordnungen zu durchkreuzen. Da der Sitz im Oberhofen unannehmlich im Schoß des Obersten Rates seinen diplomatischen Abschluß finden soll, haben diese Feststellungen einen besonderen Wert, wie man übrigens auch nicht übersehen darf, daß die Londoner Konferenz, die mit dem Beschluß von Zwangsmaßnahmen am Rhein erendet hat, immerhin mit der Abkehrung der französisch-polnischen Fronten gegen die freie Volksabstimmung in Oberschlesien begonnen hat.

## Ueberraschung in der Schweiz.

Zürich, 21. März. Die Züricher Bliker äußern ihre Ueberraschung über die große Mehrheit, mit der sich die oberösterreichische Bevölkerung für Deutschland ausgesprochen hat. Die „Neue Züricher Ztg.“ sieht den Hauptgrund darin, daß es den Deutschen gelungen sei, große Teile der kammerebenen Bevölkerung für sich so zu gewinnen, daß sie lieber bei Deutschland bleibe, als mit ihren Landsleuten verbunden zu werden. Darin liege eine Garantie, daß die schlesischen Polen auch künftighin sich als legale Staatsbürger fühlen und daß sich ein harmonisches Nebeneinanderleben der beiden Nationalitäten herbeiführen lassen wird. Das Wort meint allerdings, die endgültige Forderung der Abkehrung von Deutschland sei noch keineswegs sicher, da groß dem Friedensvertrag die Abstimmungs-Kommission von der Abkehrung fernstehe vom Gesamtergebnis der Abstimmungen ausgehen müsse und eine Forderung der Abkehrung polnischen Gebietes an Deutschland von den Polen als eine Ungerechtigkeit angesehen werden würde. Die „Zürcher Post“ erklärt dagegen, ein solches Ergebnis bedeute im höchsten Grade ein Scheitern des Friedensvertrags und es sei nicht anzunehmen, daß die Abkehrung bei allen Vorkäufen für die Polen diesen Befehl tun würden.

## Freude in Osterreich.

Wien, 22. März. Die heutzutage Teilnahme der gesamten Osterreichischen Bevölkerung an der Volksabstimmung in Oberschlesien zeigt sich fortgesetzt in Anrufen und Berichten der Presse. Die Bliker bekunden ihre Freude, daß es den Deutschen in Oberschlesien gelungen ist, ihre gerechte Sache zu einem guten Ende zu bringen und beglückwünschen sie zu ihrem Erfolg.

Salzburg, 22. März. Das Abstimmungsergebnis in Oberschlesien tief in allen Kreisen der Bevölkerung tiefste Freude und Ermutigung hervor. Vom Regierungsgebäude und zahlreichen Häusern wihen Flaggen.

Wien, 22. März. Wie die „Wiener Allgemeine Zeitung“ hört, brachstet Frankreich, sein Kontingent an oberösterreichischer Kavallerie abzutreten.

## Kleine politische Nachrichten.

### Die amerikanisch-russischen Handelsbeziehungen.

Wie der Washingtoner Berichtshatter der Morningpost meidet bestreben viele Kreise dafür, daß die Washingtoner Regierung dem Beispiel der britischen Regierung folgen und die Handelsbeziehungen zu Russland wieder aufnehmen wird, wenn denn die Bedingungen des zwischen England und Russland abgeschlossenen Handelsvertrags erfüllt sind. Auf der anderen Seite rufen zahlreiche amerikanische Wähler, zum Teil in schriftlichen Aufträgen, das Vorgehen der britischen Regierung in dieser Frage.

### Die weiß-russische Volkorepublik.

Die weiß-russischen Aufständischen befehlen am 16. März Wladimir; die 8. rote Division ist auf die Seite der weiß-russischen Revolutionäre übergegangen. Die russischen haben die weiß-russische Volkorepublik ausgerufen.

### Danilo verzichtet auf den Thron der schwarzen Berge.

Nach einer Tages-Mitteilung aus Belgrad erklärt Politika, Prinz Danilo von Montenegro habe gegen eine künftliche Apagnage von 260.000 Frankn., die die Regierung von Belgrad dem verstorbenen König Nikita angeboten habe, die Verzichtung von Montenegro und Südslawien anerkannt. Er habe alle Rechte auf den Thron von Montenegro aufgegeben.

### König Carol von Rumänien ermordet?

Berlin, 23. März. Der Berl. Lokalanz. erzählt der Schief. Ztg. zufolge, daß der Historiker an der Bukarester Universität Bogdan Ditzu einen Artikel veröffentlicht hat, in welchem er behauptet, daß König Carol von Rumänien am 11. Oktober 1914 ermordet worden sei und zwar soll man



Nürnberg abgehaltener Versammlung am 23. März 1921. Die Versammlung wurde von den Herren ...

**Nürnberg.**

März. Nach einer Pause fand am 21. März eine öffentliche Versammlung im Saal des ...

**Veröffentlichung.**

Der Landtag hat die Entwurf der ...

**Stuttgart, 21. März.**

Bereitigung ...

**Beisitzer!**

ein einfaches weißes Kleid, ...

... als dem Diener, damit er ...

erleichtert auf, als Frau ...

erworbene: ...

Erbbücher angeführtes ...

Ein weiteres Todesurteil, ...

Vom Schwarzwald, 21. März. ...

**Letzte Drahtnachrichten.**

Die Reparationsbill angenommen. ...

**London, 23. März.**

Das Oberhaus nahm die ...

**Kongressfeier in den U.S.A.**

Washington, 23. März. ...

**Der Streik in Mitteldeutschland.**

Berlin, 23. März. ...

**Polnische Pländerungen.**

Romno, 22. März. ...

keine Folge geleistet werden soll. ...

**Keine Verschärfung der Streiklage.**

Galle a. S., 22. März. ...

**Die Bedrängnis in Oberschlesien.**

Berlin, 23. März. ...

Berlin, 22. März. ...

Berlin, 22. März. ...

Die Pländerungen über den ...

Polnische Pländerungen. ...

Die Eberbacher Entführungsfälle vor Gericht. ...

**Das Urteil in der Eberbacher Entführungsfälle.**

Mosbach, 23. März. ...

**Letzte Kurz-Meldungen.**

Die englische Regierung hat ...

**Turnen, Spiel und Sport.**

Vorgangenen Sonntag fanden ...

**Familiennachrichten.**

Verstorben: ...

**Wahrscheinliches Wetter am Donnerstag und Freitag.**

Bereitigt ...

**PERSIL**  
wäscht schneeweiß, ersetzt Rasenbleiche, schon und erhält die Wäsche, spart Arbeit Seife u. Kohlen. Bestes selbsttätiges Waschmittel. Preis Mk. 4.— das Paket. Henkel & Cie., Düsseldorf.

**Gemeinde Wart.**  
**Stammholz=Verkauf.**  
Am Samstag, den 26. März ds. Jrs., nachmittags 3 Uhr  
kommt auf dem Rathaus nachstehendes Stammholz aus den hiesigen Gemeindefällern im schriftlichen Aufsteig zum Verkauf:

Los Nr.	Distrikt und Abteilung	Lage	I. Kl.				II. Kl.				III. Kl.				IV. Kl.				V. Kl.					
			Stück		Fhm		Stück		Fhm		Stück		Fhm		Stück		Fhm		Stück		Fhm			
			Nr	Gr	Nr	Gr	Nr	Gr	Nr	Gr	Nr	Gr	Nr	Gr	Nr	Gr	Nr	Gr	Nr	Gr	Nr	Gr		
1	Reubann Abtg. 10	Langholz Abschnitt	—	—	—	—	24	31,76	—	—	40	35,97	—	—	9	4,81	—	—	1	0,24				
2	Reubann Abtg. 12	Langholz Abschnitt	—	—	3	7,72	—	—	22	32,91	—	—	10	8,78	—	—	3	1,42	—	—				
3	Reubann Abtg. 14 und Scheidholz in Abtg. 11 und 16	Langholz Abschnitt	—	—	2	5,14	—	—	16	24,05	—	—	23	22,04	—	—	5	2,41	—	—				
4	Reubann Abtg. 10, 14 und Scheidholz in Abtg. 11 und 16	Langholz Abschnitt	—	—	—	—	6	2	—	—	23	3	—	—	6	2	—	—	4,49	2	1	—	0,89	
5	Reubann Abtg. 12	Langholz Abschnitt	—	—	3	—	9,02	11	3	—	20,00	10	3	—	12,21	4	1	—	—	8,02	2	—	—	0,68
6	Reubann Abtg. 15	Langholz Abschnitt	—	—	3	—	9,60	7	5	—	18,81	20	3	—	20,97	8	—	—	—	4,42	1	—	—	0,26

Sämtliches Holz ist gerappelt und nach geraden Dimensionen gemessen. Nachschuß wurde nicht ausgeschrieben. Angebote wollen für jedes Los besonders ausgebracht eingereicht werden. Nähere Auskunft über Zahlungsbedingungen etc. wird vor dem Verkauf auf dem Rathaus erteilt.  
Abfahrtsstermin 1. Nov. d. J.

Gemeinderat.

